

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

22.01.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>Polizei: Castorent Transporte nicht vor Oktober möglich</b> <i>Jülicher Zeitung, 20.01.2024</i> .....	3
2   <b>Trotz Baustopp ist LNG-Pipeline vor Rügen inzwischen fertig</b> <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 20.01.2024</i> .....	4
3   <b>Zukunft von Atomkraft: Die Ideen der Union im Realitätscheck</b> <i>TAGESSPIEGEL, 22.01.2024</i> .....	6

📰 Jülicher Zeitung | 20.01.2024 | S. 9

📄 Auflage: 5.549 | Reichweite: 14.717

👤 Kristina Toussaint

## Polizei: Castorentransporte nicht vor Oktober möglich

**Mögliche Atommülltransporte nach Ahaus sind Thema bei WDR-Stadtgespräch in Jülich. Eine verträgliche Lösung für alle Seiten scheint kaum in Sicht.**

**Jülich.** Es geht um Verantwortung, um Risiken, und vor allem auch: um sehr viel Geld. Im aktuellen Zwischenlager können die 152 Castorenbehälter, die auf dem Gelände des Forschungszentrums Jülich lagern, auf Dauer nicht bleiben, die Betriebsgenehmigung ist schon 2013 ausgelaufen. Der Bund bevorzugt den Transfer in das Zwischenlager in Ahaus, weil er ihn – bei 200 Millionen Euro Kosten – günstiger einschätzt als einen Neubau in Jülich.

Genehmigung steht noch aus Die Genehmigung des Transports steht nach zwei Testläufen noch aus, die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) rechnet bis zum Ende des ersten Quartals mit einer Rückmeldung der Atomaufsicht. „Ab Ende April wären wir dann transportbereit“, sagt JEN-Chefin Beate Kallenbach bei einem WDR-Stadtgespräch zum Thema am Donnerstagabend vor gut 30 Zuhörern im Jülicher Technologiezentrum.

Bloß: Die rund 300.000 Brennelement-Kugeln aus einem früheren Versuchsreaktor von Jülich nach Ahaus zu bringen, bedeutet wegen der hohen Sicherheitsauflagen und zu erwartender Proteste einen enormen Aufwand, auch für die Polizei. Mehr als 150 Mal würden Spezial-Lkw über einen Zeitraum von zwei Jahren durchs Land rollen. Kallenbachs Zeitplan widerspricht Markus Robert von der Gewerkschaft der Polizei daher vehement.

Zum aktuellen Demonstrationsgeschehen komme im Sommer noch die Fußball-EM, Ruhe- und Urlaubsphasen müssten eingehalten werden. „Ein erster Transport ist aus meiner Sicht nicht vor Oktober oder November möglich“, sagt Robert.

Der Neubau des Jülicher Zwischenlagers würde laut Bundesrechnungshof mit 450 Millionen Euro zu Buche schlagen, zugleich aber auch dem Zugeständnis der NRW-Landesregierung Rechnung tragen, Atom-

Transporte vermeiden zu wollen. Ähnlich wie die schwarz-grüne Koalition sehen es Atomkraftgegner in der Region wie im münsterländischen Ahaus, die die aufwendigen Transporte über 170 Kilometer vermeiden wollen. „Nichts rein, nichts raus“, ist die Devise der Anti-Atomkraft-Bewegung, in Ahaus genauso wie in Jülich.

„Kein Atommüll in Ahaus“ Während einige Zuhörer des Stadtgesprächs die Castoren „lieber in Ahaus“ sehen würden, gibt es im Münsterland genauso Argumente gegen die Aufnahme des radioaktiven Mülls. Auch für das dortige Zwischenlager läuft die Genehmigung 2036 aus. Wie es dann weitergeht, ist ungewiss, die Einigung über deutschlandweite Endlager kann noch Jahrzehnte dauern. „Diejenigen, die das hier mit den Kernelementen verbockt haben, sollen es jetzt auch ausbaden“, meint Felix Ruwe von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ und appelliert an das Ehrgefühl und Verantwortungsbewusstsein der Jülicher. Bei der Kostenrechnung spiele der Bund mit gezinkten Karten, weil er nur den Transport nach Ahaus betrachte, nicht aber die Folgekosten, etwa für weitere Transporte nach dem Ende des Lagers.

„Die Verantwortung für den Abfall bleibt natürlich bei der JEN“, betont Kallenbach. Trotz Reservierungsgebühren von einer Million Euro pro Jahr, die die aus öffentlichen Geldern finanzierte JEN schon seit mindestens zehn Jahren für die Plätze in Ahaus zahle, sei die Lagerung im Münsterland, wo schon mehr als 300 Castoren aus anderen Anlagen stehen, letztlich günstiger. „In Jülich haben wir zehn Mal so hohe Betriebskosten, weil wir sie allein tragen.“

Ob der hoch radioaktive Abfall noch in diesem Jahr durchs Land rollt, liegt bei den zuständigen Stellen bei Land und Bund. Politische Vertreter – sowohl aus Berlin als auch aus Düsseldorf – waren bei der Gesprächsrunde in Jülich nicht vertreten.

📰 Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard | 20.01.2024

📄 Auflage: 9.854 | Reichweite: 30.562

👤 Andreas Becker

## OSTSEE-GASLEITUNG

# Trotz Baustopp ist LNG-Pipeline vor Rügen inzwischen fertig

*Der Kampf um das LNG-Terminal inmitten einer Touristenhochburg wird mittlerweile vor Gerichten und in Behörden entschieden. Unter Wasser werden parallel Fakten geschaffen.*

**Mukran.** Es klingt für Außenstehende und juristische Laien kurios - ist im Rahmen von gerichtlichen Auseinandersetzungen bei Bauverfahren aber durchaus nicht ungewöhnlich: Im von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) am 9. Januar 2024 angestregten Eilverfahren zur LNG-Pipeline zwischen Mukran auf Rügen und Lubmin hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eine sogenannte prozessleitende Verfügung ausgesprochen.

Laut einer Sprecherin bittet das Gericht darin die Firma Gascade als Betreiber der Pipeline um einen Baustopp während des laufenden Verfahrens. Dieser Bitte hat Gascade mittlerweile entsprochen. Dabei geht es ganz konkret um Arbeiten zur Wiederverfüllung des Rohrgrabens für die Leitung quer durch den Greifswalder Bodden.

Hätte Gascade die Bitte des Gerichts ausgeschlagen, hätte Gascade laut Gerichtssprecherin auf „eigenes Risiko“ weitergebaut. Ursprünglich hatte es in Medienberichten geheißt, dass das Gericht einen Baustopp für die Pipeline verhängt habe. Dies sei jedoch nicht der Fall, so die Sprecherin.

Die Umwelthilfe geht in Leipzig gerichtlich gegen die Genehmigung vor, die Arbeiten im Greifswalder Bodden auch noch im Januar und Februar durchzuführen. Die DUH und andere Kritiker sehen den ohnehin dezimierten Heringsbestand gefährdet, für den der Greifswalder Bodden als Kinderstube gilt und dessen Laichzeit bevorsteht.

Gascade war wetterbedingt mit den Arbeiten in Verzug geraten und deshalb nicht wie eigentlich geplant bis Ende 2023 mit den dortigen Arbeiten fertig geworden. Wann das Bundesverwaltungsgericht in dem Eilverfahren eine rechtsverbindliche Entscheidung trifft, konnte die Sprecherin nicht sagen. Derzeit würden die Prozessbeteiligten ihre jeweiligen Stel-

lungen dem Gericht mitteilen.

Am Donnerstagabend hat Gascade mitgeteilt, dass die rund 50 Kilometer lange Anbindungsleitung für das Rügener LNG-Terminal komplett ist. Vor Rügen seien die beiden bestehenden Teilstücke verschweißt und wieder auf den Meeresboden abgelegt worden, hieß es vom Gasnetzbetreiber. Betriebsbereit aber ist die Pipeline noch nicht.

„Damit ist das ambitionierte Ziel erreicht, noch im Winter 2023/24 Einspeisungen in diese Pipeline zu ermöglichen“, wurde Gascade-Geschäftsführer Ulrich Benterbusch in einer Mitteilung zitiert. Er sprach von einer Fertigstellung in Rekordzeit. Der Gastransport könne voraussichtlich im Februar 2024 aufgenommen werden. „Dann sind Einspeisungen in die Pipeline grundsätzlich möglich.“

Vor der Inbetriebnahme muss die Leitung laut Gascade noch mit Infrastruktur im Hafen Mukran verbunden, gereinigt, geprüft sowie mit Gas befüllt werden. Die Pipeline verläuft vom Gasleitungsknotenpunkt auf dem Festland in Lubmin durch den Greifswalder Bodden, vor Rügens Küste entlang bis nach Mukran. Die eigentliche Verlegung der Leitung auf See hatte im vergangenen September begonnen.

Im Lubminer Industriehafen betreibt die Firma Deutsche Regas bereits seit einem Jahr ein schwimmendes Terminal. Dieses soll nach Mukran verlegt werden. Zuvor soll noch in diesem Winter ein weiteres Spezialschiff in Mukran stationiert werden, das zuletzt noch als LNG-Tanker unterwegs war. Beide sollen das per Schiff gelieferte LNG wieder in Gas umwandeln und in die Anbindungsleitung einspeisen.

In Lubmin wurden laut Regas 2023 rund 1,1 Milliarden Kubikmeter Erdgas eingespeist und damit weniger als ursprünglich erwartet. In den Antragsunterlagen

für das Rügener Terminal ist eine jährliche Einspeise-Kapazität von mehr als 13 Milliarden Kubikmeter Erdgas die Rede.

Kritiker sprechen von nicht benötigten Überkapazitäten und verweisen auf gut gefüllte Gasspeicher. Sie ha-

ben außerdem Bedenken mit Blick auf den Tourismus und die Umwelt, insbesondere auf und um Rügen. Gegen das Projekt wurden Klagen und Bürgerbegehren auf den Weg gebracht, Bauarbeiten blockiert und vielfach demonstriert.

## Zukunft von Atomkraft: Die Ideen der Union im Realitätscheck

Das Jahr 2024 ist erst gut zwei Wochen alt, aber schon reich an Forderungen nach einer Rückkehr der Kernkraft in Deutschland. Den ersten Aufschlag machten vor wenigen Tagen die Bundestagsabgeordneten der CSU bei ihrer Klausurtagung in Seeon, am vergangenen Wochenende folgte die CDU mit ihrer „Heidelberger Erklärung“.

In dem Beschluss der CSU heißt es, man wolle die 2023 abgeschalteten Atomkraftwerke trotz des bereits begonnenen Rückbaus wieder ans Netz bringen. Die Kraftwerke abzuschalten sei eine „ideologisch verblendete Fehlentscheidung“ gewesen.

### Union will Rückkehr zur Atomkraft

Die CSU-Bundestagsabgeordneten wollen die Anlagen weiterbetreiben und sich auch für den Bau neuer Kernkraftwerke mit „neuester“ Technik einsetzen. Dazu wollen sie unter anderem eine deutsch-französische Allianz ins Leben rufen. Die CDU setzt auf dieselbe Karte. Der Bundesvorstand der Partei spricht sich in seiner Erklärung für eine Rückkehr zur Atomkraft aus. „Auf die Option Kernkraft können wir zurzeit nicht verzichten“, heißt es darin. Allerdings hat sich die Ampelkoalition klar festgelegt: Man schließe die „Atomkraft weiterhin aus“, heißt es kurz und knapp im Koalitionsvertrag. Der Atomausstieg gehört zur DNA der Grünen, auch in der SPD ist das Atom-Aus fest verwurzelt, ein Umsteuern ist daher schwer vorstellbar. Innerhalb der Koalition sind die Liberalen die einzigen Atomkraftfans. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie sich durchsetzen können.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne), in der Bundesregierung zuständig für die nukleare Sicherheit, lässt keinen Zweifel daran, dass das Thema für die Grünen nicht verhandelbar ist. Sie weist immer wieder auf die Sicherheitsrisiken hin. Die Vorbehalte sind also groß, dennoch geht die Debatte weiter. Aber welche Möglichkeiten gibt es in Deutschland überhaupt noch für die Kernkraft? Ein Überblick.

### Alte Anlagen wieder in Betrieb nehmen

Unions-Fraktionsvize Jens Spahn (CDU) hält die Wie-

derinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Atomkraftwerke für machbar. Dies müsse „so schnell wie irgend möglich“ geschehen. „Man müsste investieren, Brennstäbe kaufen, Gesetze ändern, aber es geht technisch und – wenn alle zur Vernunft kommen – auch regulatorisch“, sagte Spahn kürzlich.

Bei einer Laufzeit von mindestens zehn Jahren würden sich die notwendigen Investitionen lohnen. „Die Kernkraftwerke sind abgeschrieben. Sie könnten sicheren und günstigen Strom produzieren, mindestens bis in die Mitte der 30er-Jahre, vielleicht auch länger“, sagte Spahn.

„Dafür können wir dann aber auch nach und nach Kohlekraftwerke und damit CO<sub>2</sub>-Emittenten abstellen und auf den Atomstrom aus Frankreich verzichten.“ Die Rückkehr zur Atomkraft sei notwendig, „weil Wind und Sonne nicht reichen“, sagte Spahn. Der deutsche Ausstieg aus der Kernenergie war unter der CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel beschlossen worden.

Für seine Überlegungen findet Spahn sogar innerhalb der Ampelkoalition Zustimmung: „Deutschland hat europaweit einen der höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstöße bei der Stromproduktion. Die Kernkraftwerke sollten deshalb nicht zurückgebaut werden“, sagte Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt.

Es gibt nur ein Problem: Die drei zuständigen Betreiber erteilen einer möglichen Wiederinbetriebnahme eine klare Absage. Ein Sprecher des Essener Energiekonzerns RWE antwortet auf Anfrage des Handelsblatts: „Unser Kraftwerk im Emsland hat seine Betriebsgenehmigung verloren, und die rückbauvorbereitenden Maßnahmen laufen seit Monaten auf Hochtouren.“ Im Interview mit dem Handelsblatt hatte RWE-Chef Markus Krebber bereits im Dezember deutlich Stellung bezogen: „Für Atomkraft gibt es kein Zurück mehr.“

Auch der baden-württembergische Energiekonzern EnBW gibt an, bereits am 16. Mai 2023 mit dem Rückbau begonnen zu haben. „Mit der Inanspruchnahme der Rückbau-Genehmigung verfügt die Anlage auch über keine Betriebsgenehmigung mehr für die Strom-

produktion“, teilt das Unternehmen mit. Damit habe sich die Diskussion über eine weitere Nutzung der Kernkraft für EnBW erledigt.

Am deutlichsten formuliert es Leonhard Birnbaum: „Isar 2 wird nicht mehr ans Netz gehen, der Rückbau läuft bereits“, sagte der Eon-Chef in einem Interview mit der „Rheinischen Post“. Ein Wiederhochfahren sei mittlerweile auch technisch nicht mehr möglich, „das Thema ist durch“.

### Neue Atommeiler in Deutschland bauen

Wenn es für die alten Kraftwerke keine Rückkehr ans Netz gibt, wäre es eine Option, neue Meiler zu bauen? Deutschland wäre damit zumindest nicht allein auf der Welt. Frankreich, China, Russland, Indien, USA, Großbritannien – die Liste der Länder, die Milliarden in neue Kernkraftwerke investieren, ist lang. Trotzdem nutzen laut der „World Nuclear Association“ gerade mal 31 Staaten weltweit Atomkraft. 164 tun es nicht.

„Wenn man alle Schäden der Atomkraft, auch für nachfolgende Generationen, mit einrechnet, gibt es auf der ganzen Welt keinen Business-Case für diese Anlagen“, sagt Energieökonom Mathias Mier vom Ifo-Institut in München im Gespräch mit dem Handelsblatt.

Verbreitet ist Kernenergie deswegen eher in Ländern, die entweder keine Alternative haben oder aus militärischen Gründen auf Atomkraft setzen.

Wenn Deutschland jetzt neue Meiler bauen würde, könnte das erste neue Kraftwerk aufgrund langwieriger Genehmigungsverfahren und der langen Bauzeit erst in den 2040er Jahren in Betrieb gehen: „Da wollen wir schon fast CO<sub>2</sub>-neutral sein und brauchen es gar nicht mehr“, kritisiert Mier.

Außerdem sei ein Kernkraftwerk nicht gut mit den Erneuerbaren zu kombinieren. Anders als ein Gaskraftwerk, kann ein Atommeiler nicht mal eben so beliebig herauf – und heruntergefahren werden, wenn der Wind gerade nicht weht.

Ein Blick auf aktuelle Neubauprojekte in europäischen Nachbarländern gibt Mier recht. Das französische AKW Flamanville sollte eigentlich 2012 fertig sein und 3,3 Milliarden Euro kosten. Frankreich hofft, den Meiler dieses Jahr endlich fertigstellen zu können. Die Kosten liegen mittlerweile bei 24 Milliarden Euro.

Die Bilanz des britischen AKW Hinkley Point sieht ähnlich düster aus. Aktuell werden die Kosten auf 38 Milliarden Euro geschätzt. Insider rechnen allerdings damit, dass diese Zahl noch weiter steigen wird. Auch die

geplante Eröffnung 2027 ist aktuell unrealistisch.

„Es ist populistischer Unfug, wenn CDU und CSU den Bau neuer Atomkraftwerke fordern. Das macht in Deutschland einfach keinen Sinn“, ist Mier überzeugt. Gegenteilige Meinungen sucht man unter Expertinnen und Experten vergeblich.

Zu Kosten und Bauzeit kommt außerdem noch ein dritter Faktor: „Der Bau eines neuen Windrads ist aufgrund der Gegenwehr vieler Bürgerinnen und Bürger vor Ort schon hochproblematisch. Wie wollen Sie da ein neues Atomkraftwerk verkaufen?“, fragt ein Branchenkenner sarkastisch.

### Small Modular Reactors (SMR) einsetzen

Zahlreiche Länder setzen bei der Energieversorgung große Hoffnungen in eine neue Generation sogenannter Small Modular Reactors – Mini-Atomkraftwerke. China, Russland, Japan, Polen und Frankreich haben schon die ersten Anlagen in Auftrag gegeben. Sie sollen günstiger, flexibler und sicherer als konventionelle Atommeiler sein. Noch ist allerdings keiner der kleinen Reaktoren am Netz.

In den USA gab es zuletzt mehrere Rückschläge. Im November hat der Branchenpionier Nuscale den Bau seines ersten Reaktors abgesagt. Grund war, dass sich das Projekt auch angesichts des deutlich günstiger gewordenen Solarstroms nicht rentieren würde. Im Januar kündigte Nuscale nun an, 154 Mitarbeiter gehen zu lassen, um jährlich 50 bis 60 Millionen Dollar zu sparen. Das entspricht 28 Prozent der Belegschaft.

Auch das im vergangenen Jahr angekündigte Projekt des kalifornischen Unternehmens Oklo mit der US-Luftwaffe wurde pausiert. Das Unternehmen erklärte aber, dass dafür andere Projekte voranschreiten. In Oklo hat auch der OpenAI-Gründer Sam Altman investiert.

Das in Maryland ansässige Unternehmen X-energy, das mit der US-Regierung an der Entwicklung eines Reaktors der nächsten Generation arbeitet, der mit Gas statt mit Wasser gekühlt wird, hat im Oktober einen Teil seiner Belegschaft entlassen. Die Pläne für ein öffentliches Aktienangebot hat es aufgegeben.

Amy Jaffe, Professorin und Direktorin des Energy, Climate Justice, and Sustainability Lab an der New York University spricht zwar von einem „klaren Rückschlag“. Dennoch glaubt sie nicht, dass das bereits das Ende der neuen modularen Technologie bedeutet.

Die Energie-Expertin weist darauf hin, dass das Nuscale-Projekt an den hohen Kosten gescheitert ist.

## Auf den Durchbruch bei der Kernfusion warten

Immer wieder ins Spiel gebracht wird auch die Kernfusion. Anders als die Kernspaltung soll hier das Funktionsprinzip der Sonne, also das Verschmelzen zweier Atomkerne, zur Freisetzung von Energie führen.

In den vergangenen zwei Jahren gab es auf dem Gebiet einige Fortschritte. So verkündeten Forscher der National Ignition Facility (NIF) am Lawrence Livermore National Laboratory in Kalifornien, dass sie erstmals mehr Energie mit ihrem Versuchsreaktor erzeugt hätten, als für das Verfahren hineingegeben wurde. Allerdings ohne den Energieaufwand im Vorfeld mit einzurechnen.

Es gibt zahlreiche Unternehmen und Universitäten, die daran forschen, die Kernfusion als Energiequelle nutzbar zu machen. Bis jetzt verbraucht der Vorgang selbst jedoch mehr Energie, als er erzeugt.

Atomphysiker rechnen erst 2050 – wenn überhaupt – mit einem nennenswerten Einsatz der Fusionsenergie.

Für den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft wäre das definitiv zu spät.

**Die CDU macht sich in ihrer „Heidelberger Erklärung“ für die Kernkraft stark. Industrie und Ökonomen haben große Zweifel an der Umsetzbarkeit.**

**31 Staaten nutzen derzeit Atomenergie –164 nicht.**

### Zitate

**Eon-Chef Leonhard Birnbaum: „Das Thema ist durch“**

**„Deutschland hat europaweit einen der höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstöße bei der Stromproduktion. Die Kernkraftwerke sollten deshalb nicht zurückgebaut werden.“ - Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion**

**„Für Atomkraft gibt es kein Zurück mehr.“- Markus Krebber, RWE-Chef**